

THEMA VOLKSSCHULE

LEHRPLAN 21: WICHTIGES «MAGNETFELD» AUF DER OBLIGATORISCHEN SCHULSTUFE

Kaum ein anderes bildungspolitisches Thema hat die Schweiz in den letzten Jahren derart bewegt wie die Diskussion um den Lehrplan 21. Die neue Richtschnur für die Lehrpläne der 21 deutschsprachigen Kantone ist ein Spiegelbild der immer breiteren Anforderungen an eine moderne Volksschule. Aus Sicht der Wirtschaft ist es einerseits besonders wichtig, dass den grundlegenden Kulturkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen im Unterricht zentrale Bedeutung zukommt. Andererseits darf auch die Vermittlung eines ökonomischen Grundverständnisses nicht zu kurz kommen. Zentrale Zielsetzungen der Volksschule sind das Erreichen der Anschlussfähigkeit nach der obligatorischen Schulzeit und die Fähigkeit, später ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Entsprechend soll sich ein beruflicher Erfolg bei entsprechenden Kompetenzen und Leistungen einstellen. Die nach der Konsultationsphase vorgenommenen Verbesserungen am Lehrplan 21 gehen in die richtige Richtung.

VOLKSSCHULE BLEIBT SACHE DER KANTONE

Während der Konsultationsphase hat sich *economiesuisse* intensiv mit dem Entwurf des Lehrplans 21 (LP21) beschäftigt. Dabei ist als Präambel etwas klar: Die Bildungspolitik zur obligatorischen Schulzeit muss in kantonaler Hoheit verbleiben – die konkrete Umsetzung des LP21 ist Sache der Kantone. Auch die Kompetenz zur Wahl der Fremdsprachen auf der Volksschulstufe ist bei den kantonalen politischen Instanzen zu belassen. Subsidiarität und föderalistische Prinzipien müssen in dieser Diskussion ein grosses Gewicht haben. Die Vielfalt des Föderalismus führt zwar zu gewissen (Mobilitäts-)Hemmnissen, sie schützt aber auch vor zentraler Bürokratie und ermöglicht ein Lernen von den Besten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich die Kantone durchaus über Konkordate einigen können. Allerdings braucht es dazu Zeit.

economiesuisse orientiert sich an folgenden bildungspolitischen Leitlinien zur Volksschule:

Bildungspolitische Entscheidungen müssen stets einer langfristigen Perspektive Rechnung tragen.

- Im internationalen Vergleich steht die Schweiz als Bildungsplatz und Forschungsstandort gut da. Dieser Erfolg ist jedoch nicht das Ergebnis jüngster Anstrengungen, sondern gründet auf früheren Weichenstellungen. Die meisten bildungspolitischen Entscheidungen entfalten erst dann eine spürbare Wirkung, wenn eine neue Generation von Lernenden herangewachsen ist. Deshalb ist es unabdingbar, in diesem Politikbereich eine langfristige Perspektive einzunehmen. Die Leitlinien des Wirtschaftsdachverbands zur Bildungspolitik orientieren sich an den Prinzipien der Selbstverantwortung, der Leistungsorientierung, der Kostenwahrheit und der Marktwirtschaft.

- Die Volksschule ist mit einer enormen Vielzahl an Forderungen aus allen Gesellschaftsbereichen konfrontiert. *economiesuisse* setzt sich dafür ein, dass sie sich wieder stärker auf ihren grundsätzlichen Auftrag konzentrieren kann: das Vermitteln der grundlegenden Kulturkompetenzen Schreiben und Rechnen sowie von nicht kognitiven Kompetenzen wie Selbstdisziplin und Motivation. Das Beherrschen der jeweiligen Hoch- bzw. Schriftsprache und eine stärkere Priorisierung der Ausbildung in Naturwissenschaften bzw. Mathematik sind elementar.

Die grössere Transparenz zwischen den Bildungsinstitutionen soll dazu beitragen, dass jeweils von den Besten gelernt werden kann.

- Zentrale Zielsetzung ist das Erreichen der Anschlussfähigkeit nach der obligatorischen Schulzeit – Schülerinnen und Schüler sollen sich deshalb auch frühzeitig aktiv mit ihrem weiteren Ausbildungsweg auseinandersetzen. Der Wirtschaftsdachverband befürwortet ausserdem eine grössere Transparenz zwischen den einzelnen Schulen und Kantonen. Ein Bildungsmonitoring ermöglicht es allen Akteuren, von den jeweils Besten zu lernen und die Qualität im Gesamtsystem kontinuierlich zu steigern.

- Neben den rein fachlichen Ausbildungsaufgaben nehmen die Schulen aber mindestens ebenso wichtige gesellschaftliche Aufgaben wahr: Sie stärken die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler und bilden sie in demokratiepolitischer Hinsicht zu mündigen, aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern aus. Beides sind wichtige Voraussetzungen für eine selbstbestimmte Lebensweise.

Die Fähigkeit, sich faktenbasiert mit Argumenten auseinanderzusetzen und darüber zu debattieren, ist von hohem gesellschaftlichem Wert.

- Im Zusammenhang mit der demokratiepolitischen Verantwortung stehen die möglichst wertfreie, faktenorientierte Herangehensweise beim Lehr- und Lernprozess und das Erlernen des Umgangs mit befürwortenden und ablehnenden Argumenten. In der Bildung ist diesen Elementen grosse Aufmerksamkeit beizumessen. Dabei gilt es festzuhalten, dass die Wirtschaft keine wertfrei argumentierenden Sprechautomaten im Schulzimmer als Lehrpersonen erwartet. Für den Lerneffekt mindestens so wichtig ist ein Plädoyer einer engagierten Lehrkraft, die aus ihrer persönlichen Sichtweise jedoch keinen Hehl macht und diese auch zur Diskussion stellt. Das macht den Unterricht lebendig und die Schülerinnen und Schüler kritisch. Die Debattierfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger hat einen hohen gesellschaftlichen Wert, den die Bildungsinstitutionen und ihre Lehrpersonen wesentlich mitprägen können.

- Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollten ihren Fähigkeiten entsprechend ausgebildet werden und damit ihren Platz in Gesellschaft und Wirtschaft finden. Dafür ist Chancengleichheit und eine leistungsorientierte Selektion nötig. Unter Chancengleichheit versteht economics die Gleichheit von Möglichkeiten bei gleichen Leistungen, unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund.

Die Lehrpersonen spielen eine Schlüsselrolle im Vermitteln der Lerninhalte.

- Lehrerinnen und Lehrer verdienen für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe Unterstützung und gesellschaftliche Anerkennung. Neben den Unterrichtsmaterialien sind die Lehrkräfte und Schulleitungen für den Erfolg der Volks- bzw. Sekundarschule absolut entscheidend. Lehrpersonen sind der effektive Schlüssel zur Vermittlung von Lerninhalten. Nicht nur für die Erarbeitung von sozialen Kompetenzen, sondern auch für die Entwicklung der methodischen Kompetenzen kommt den Lehrpersonen eine äusserst hohe Bedeutung zu. Der Selektion der Lehrkräfte ist somit höchste Priorität beizumessen. Insofern liegt eine grosse Verantwortung bei den Ausbildungsstätten der Lehrpersonen sowie den Schulleitungen, welche geeignete Lehrerinnen und Lehrer einzustellen haben.

BEMERKUNGEN ZUM LEHRPLAN 21

Der LP21 verfolgt nun einen sinnvollen Aufbau der Wirtschaftsthemen. Bevor über Konsum nachgedacht wird, sollte man erkennen, wie Wertschöpfung entsteht.

economicsuisse begrüsst die nach der Konsultationsphase vorgenommenen Anpassungen am Lehrplan 21. Insgesamt hat der Lehrplan an Faktenorientierung gewonnen und er wurde stärker den wirtschaftlichen Realitäten angepasst. Bevor über Konsum nachgedacht werden kann, muss produziert bzw. Wertschöpfung erzielt werden. Oder: Bevor Kinder ihr Taschengeld ausgeben können, sollten sie es – z.B. mit Rasenmähen – verdienen. Wir sind froh zu sehen, dass die Herangehensweise diesbezüglich angepasst wurde (insb. bei Natur, Mensch, Gesellschaft).

Konsumthemen nehmen zwar nach wie vor viel Raum ein, der Aufbau des Lehrplans zu Wirtschaftsthemen wurde aber auch im dritten Zyklus (Wirtschaft, Arbeit, Haushalt) angepasst. Zuerst werden Elemente zu Arbeitswelten, Produktion, Wertschöpfung und Handel thematisiert, bevor Effekte des Konsums zur Sprache kommen. Das scheint uns ein geeignetes und den wirtschaftlichen Realitäten angepasstes Vorgehen.

Auch begrüßen wir die verbesserte Begriffs- und Wortwahl bei der Beschreibung der entsprechenden Lernziele bzw. Kompetenzen. Für den Dachverband der Wirtschaft ist entscheidend, dass sich der Lehrplan an Fakten und wirtschaftlichen Realitäten orientiert und sich Schülerinnen und Schüler basierend auf Fakten eine eigene Meinung bilden und Standpunkte kritisch hinterfragen können. Im überarbeiteten Lehrplan wurde die Begriffs- und Wortwahl deutlich verbessert.

Die Anforderungen weiter zu senken, ist angesichts der Komplexität vieler Berufsausbildungen kontraproduktiv.

Erstaunt und etwas beunruhigt sind wir über die Aussage der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) in der Medienmitteilung, dass die Anforderungen (und das Setzen der Grundansprüche) in einzelnen Bereichen gesenkt wurden. Zahlreiche anspruchsvolle Berufsausbildungen in den Unternehmen setzen Kenntnisse voraus, die bereits deutlich über den Mindestanforderungen des Lehrplan 21-Entwurfs liegen. Deshalb sind tiefere Anforderungen kontraproduktiv.

Ein besonderes Augenmerk werden wir auf die Umsetzung des Moduls «Medien und Informatik» legen. Eine klare Verbesserung zum vorhergehenden Entwurf ist, dass die Informatik nun im LP21 verankert ist. Wichtig ist aber, dass dieses Modul wirklich auch in die Lehrpläne der Kantone Eingang findet und entsprechend mit Lektionen dotiert ist.

Eine umfassende Vorbereitung auf die weitere Berufs- und Schulwahl ist elementar.

Ein Schwerpunkt stellt aus Sicht der Wirtschaft auch die Vorbereitung auf die Berufs- und Schulwahl dar. Die im Lehrplan genannte «Berufliche Orientierung» muss ein umfassender Orientierungsprozess für alle Absolventen der Volksschule auf allen Stufen – auch bei den progymnasialen Ausrichtungen – sein. Zu begrüßen ist, dass nun im LP21 die Rede von «Bildungs- und Berufswahl» ist und sich die Schülerinnen und Schüler – neben dem Herstellen eines persönlichen Bezugs zur Arbeitswelt – auch einen Überblick über das schweizerische Bildungssystem verschaffen sollen. Aber auch dieses Modul muss am Ende mit einer adäquaten Lektionsanzahl in den kantonalen Lehrplänen verbindlich verankert sein.

Ganz grundsätzlich ist es aber zentral, dass Lehrpersonen und Schulleitungen das Projekt Lehrplan 21 mittragen. Sie sind die wichtigsten Personen bei der Umsetzung der Ziele.

INFOS UND AUSKÜNFTE

Link:

<http://www.economiesuisse.ch/de/themen/bil/volksschule>

Grundlagen:

Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik: Leitlinien der Wirtschaft.
economiesuisse. Zürich, 2014.

Lehrplan 21: Korrekturen notwendig. Webnews und Konsultationsantwort zum LP21 vom 20. Dezember 2013.

Ihr Ansprechpartner bei economiesuisse:

Dr. Stefan Vannoni
Stv. Leiter allgemeine Wirtschaftspolitik & Bildung
stefan.vannoni@economiesuisse.ch